

gängige Bildungsangebote für Nachwuchssportler zu schaffen. Hier geht es um den Schulkostenausgleich bei einem Schulortswechsel der Sportlerin und des Sportlers. Stichwort: Bildungsgutscheine; das ist in Prüfung.

Zweites Hauptziel ist, ganzheitliche Bildungsangebote mit integrierter Sportförderung direkt zu unterstützen. Sport fördernde Schulmodelle sind zu entwickeln. Qualitätsstandards sind dafür zu formulieren und durchzusetzen, Bildungsangebote, die den gestellten Anforderungen entsprechen, sind zu zertifizieren. Der Bund könnte sich mit einem Sockelbeitrag an den Kosten dieser Schulen beteiligen.

Weiter könnte er einen Beitrag an so genannte Sport-Scholarships leisten. Dieser Stiftungsfonds würde weiter geäufnet mit Beiträgen der Kantone, des Schweizerischen Olympischen Verbandes, der Sporthilfe und von Privaten. Das definitive Konzept wird mir von Direktor Heinz Keller, Chef des Bundesamtes für Sport, in Kürze vorgelegt. Es soll dann dem Bundesrat Ende Jahr mit dem sportpolitischen Konzept zur Empfehlung vorgelegt werden. Wenn wir international Schritt halten wollen, dann müssen wir die Förderkette Eltern-Schule-Beruf-Sportverbände verbessern, sonst werden wir in Athen wiederum Enttäuschungen erleben. Zum Schluss gratuliere ich dem Kanton Zug zu dieser Goldmedaille, die Herr Bieri zu Beginn seines Votums zu Recht erwähnt hat.

Brändli Christoffel (V, GR): Weil hier die Ski-WM angesprochen wurde, eine kurze Bemerkung: Die Ski-WM 2003 in St. Moritz findet statt; eine Rückgabe wegen einer Abstimmungspanne kommt sicher nicht in Frage. Ich möchte Herrn Bundespräsident Ogi ganz herzlich danken, dass er doch ein Signal nach Graubünden gesendet hat. Es ist für mich klar: Graubünden muss den Ball mit St. Moritz zusammen aufnehmen und diese 3 Millionen Franken aufbringen. Wir werden also alles daransetzen, dass das Ganze doch noch zu einem guten Ende geführt werden kann.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Bundesbeschluss über Finanzhilfen an Sportanlagen von nationaler Bedeutung (Neuzuteilung des 20-Millionen-Kredites für «Sion 2006»)

Arrêté fédéral concernant l'octroi d'aides financières pour des installations sportives d'importance nationale (réaffectation du crédit de 20 millions pour «Sion 2006»)

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1–6

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1–6

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes 32 Stimmen
(Einstimmigkeit)

00.3205

**Motion Kommission-NR (00.016). Entwicklungszusammenarbeit.
Ziel 0,4 Prozent des Bruttosozialproduktes**

**Motion Commission-CN (00.016). Coopération au développement.
Objectif 0,4 pour cent du produit national brut**

Einreichungsdatum 29.05.00

Date de dépôt 29.05.00

Nationalrat/Conseil national 20.06.00

Ständerat/Conseil des Etats 03.10.00

Antrag der Kommission

Mehrheit

Überweisung als Postulat

Minderheit

(Gentil, Béguelin, Epiney, Langenberger)

Überweisung der Motion

Proposition de la commission

Majorité

Transmettre la motion sous forme de postulat

Minorité

(Gentil, Béguelin, Epiney, Langenberger)

Transmettre la motion

Büttiker Rolf (R, SO), für die Kommission: Es ist üblich und alle vier Jahre so, dass der Kommissionspräsident über das Legislaturprogramm Bilanz zieht, die Lehren aus den Beratungen zieht, einige grundsätzliche Überlegungen anstellt und auch einige kritische Anmerkungen macht.

Es ist klar und liegt in der Natur der Sache, dass ein Legislaturprogramm die parlamentarischen Fantasien anregt. Ein Blick auf die Traktandenliste genügt, um das zu zeigen, wobei zu sagen ist, dass diese kritische Anmerkung etwas mehr für den Nationalrat als für den Ständerat gilt.

Den Kern der Diskussion bildet aber auch in dieser Legislaturperiode die zentrale Frage nach der Rolle des Parlamentes bei der politischen Planung. Diese Frage ist ein Dauerbrenner – ich möchte sagen: ein Evergreen – bei der politischen Diskussion über ein Legislaturprogramm.

Gestatten Sie mir kurz einen Rückblick: Politische Planung ist fast schon zu einem Schlagwort geworden, obwohl staatliche Planung an sich mancherlei Skepsis hervorruft. Die Formulierung mittel- und langfristiger Ziele und der Wege zu ihrer Verwirklichung, nicht zuletzt zu ihrer Finanzierung, gehört heute allerdings schon längst zur Politik jedes größeren Unternehmens. Sie hat auch beim Staat, vor allem im Finanz- und Dienstleistungsbereich, an Bedeutung zugenommen und wird dies auch weiterhin, soll nicht der Pragmatismus oberster Leitsatz zur Rechtfertigung einer unüberlegten Politik des Zufalls und der Willkür werden.

Der Begriff der politischen Planung ersetzt im Grunde nur in zeitgemässer Form mit leicht wissenschaftlichem Anstrich und ambitioniertem Unterton das alte, etwas abgegriffene Wort «Gouverner, c'est prévoir».

Seine institutionelle Verankerung wirft aber sofort die Frage auf, wem denn die Verfügung über dieses politische Führungsinstrument zukommt: der ersten, der parlamentarischen, oder der zweiten, der exekutiven Gewalt, oder wie sie sich darin zu teilen haben.

Die Diskussion um die Rolle des Parlamentes bei der politischen Planung ist nicht neu.

Vor allem in den siebziger und achtziger Jahren hat man recht intensiv, auch hier im Ständerat, über die Frage der Mitwirkung des Parlamentes an der politischen Planung diskutiert. Dabei ist man davon ausgegangen, dass ein eigener

Planungsbeschluss des Parlamentes ein Ausmass an rechtlicher Verbindlichkeit der Planung schaffe, die dem Wesen von Planung nicht gerecht werde. Die früheren endlosen Diskussion im Ständerat – ich denke an die ehemaligen Ständeräte Max Affolter, Jakob Schönenberger oder Julius Binder – über die Selbstbindung des Parlamentes waren geradezu homerisch. Einige Ratsmitglieder wandten sich gegen das blosse Recht des Parlamentes zur Kenntnisnahme der Regierungsrichtlinien. Damals gab es aber schon eine deutliche Mehrheit, die nichts von Selbstbindung des Parlamentes wissen wollte. Unter Frau Nationalrätin Uchtenhagen wurde später eine Kommission eingesetzt, die aber in dieser zentralen Frage auch nicht weiterkam.

Ich komme zu einem Ausblick. Für die politische Gesamtplanung bestehen in der Schweiz vor allem die beiden Instrumente der Regierungsrichtlinien und des Finanzplanes, die in zeitlicher und sachlicher Hinsicht aufeinander abgestimmt sind. Sie werden vom Bundesrat zu Beginn jeder Legislaturperiode den eidgenössischen Räten unterbreitet, von diesen diskutiert und zur Kenntnis genommen. Das Parlament kann mit so genannten Richtlinienmotionen konkret zur Regierungsplanung Stellung nehmen und dem Bundesrat Aufträge erteilen. In den Botschaften zur Unterbreitung von Sachvorlagen hat der Bundesrat die Pflicht, auf Abweichungen gegenüber den Richtlinien und dem Finanzplan aufmerksam zu machen, und im jährlichen Geschäftsbericht hat er über die Realisierung zu berichten.

Fazit dieser Situation: Das aktuelle System legt das Schwerpunkt der politischen Planung eindeutig in die Hände des Bundesrates. Der Bundesrat ist am Drücker.

Sinnvoll kann eine politische Planung zu Beginn einer Legislaturperiode aber nur sein, wenn sie den Bundesrat zwingt, sich über die Leitlinien zur Bewältigung aktueller und zukünftiger Probleme und über deren Finanzierung Klarheit zu verschaffen. Sinnvoll kann sie nur sein, wenn sie dem Parlament die Möglichkeit gibt, auf die Festlegung der politischen Schwerpunkte – ich betone: die Schwerpunkte – Einfluss zu nehmen.

Die Diskussion ist mit dem Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung wieder aktuell geworden, denn in Artikel 173 Absatz 1 Buchstabe g steht, die Bundesversammlung wirke «bei den wichtigen Planungen der Staatstätigkeit mit». Der Text der neuen Bundesverfassung bestätigt, dass diese Planung von Parlament und Bundesrat gemeinsam wahrgekommen werden muss. Die Frage ist, in welcher Form das Parlament an der Planung mitwirken soll. Diese Frage wird zurzeit im Rahmen der Totalrevision des Geschäftsverkehrsgesetzes geprüft. Allein, mir fehlt der Glaube, dass es hier endlich zu einer Lösung kommt. Es geht darum, zu entscheiden, ob die Regierungsrichtlinien ein Planungsinstrument des Bundesrates oder des Parlamentes und des Bundesrates gemeinsam sind. Bis anhin hat es das Parlament jeweils abgelehnt, Planungsverantwortung zu übernehmen.

Das Parlament hat sich mit dem Instrument der Richtlinienmotionen die Kompetenz herausgenommen, gewisse Schwerpunkte zu setzen oder eigene Inputs zu geben, ohne sich, wie es bei parlamentarischen Vorstößen der Fall ist, in der Folge daran binden zu müssen.

Ich fasse zusammen: Wenn man von diesen Kommissionsberatungen und auch von den vorliegenden Vorstößen auf der Traktandenliste ausgeht, muss man kritisch feststellen:

1. Die Rolle des Parlamentes in der politischen Planung steht noch nicht fest; das Parlament hat seine Rolle in der politischen Planung noch nicht gefunden.

2. Das Zusammenspiel zwischen Bundesrat und Parlament bei der politischen Planung klappt noch nicht; auf jeden Fall nicht so, wie es die Bundesverfassung vorsieht. Es ist zuwenig Kohärenz zum System da und zuviel «Hollywood-Stil» – wobei ich auch sagen muss, dass dieser eher in den Nationalrat als in den Ständerat gehört.

3. Das Parlament muss sich im Sinne der Konzentration der Kräfte – das möchte ich im Hinblick auf die Länge der Traktandenliste sagen – auf einige wenige, wirksame Schwerpunkte beschränken. Weniger wäre mehr, ich verweise auf die «Richtlinienmotionen-Orgie» aus dem Nationalrat!

In diesem Sinne hoffe ich, dass hier mit dem Geschäftsverkehrsgesetz eine gewisse Besserung eintritt. In Anbetracht der riesigen Anzahl Motionen aus dem Nationalrat haben wir die Arbeit aufgeteilt, Herr Präsident.

Langenberger Christiane (R, VD): Malgré les recommandations du président de la commission, je vais quand même insister sur un point qui me tient à cœur. Le Conseil national a en effet approuvé, par 92 voix contre 67, une motion demandant que la Confédération atteigne à brève échéance l'objectif qu'elle s'est fixé de consacrer 0,4 pour cent de son Produit national brut (PNB) à la coopération au développement. Cet objectif devrait être atteint d'ici à 2011, et les augmentations nécessaires devraient être fixées dans le cadre des plans financiers de législature.

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat. Quatre membres de votre commission sur sept se rangent derrière l'avis du Conseil national et vous proposent de maintenir la motion. En voici les raisons essentielles.

Augmenter les sommes affectées à la coopération au développement afin d'atteindre les 0,4 pour cent – je rappelle qu'elles oscillent aujourd'hui entre 0,32 et 0,35 pour cent – est une promesse que notre Gouvernement a faite de longue date. Dans son message sur l'adhésion de la Suisse aux institutions de Bretton Woods, le Conseil fédéral a déclaré que nous atteindrions ce niveau de 0,4 pour cent dans la première moitié de 1990. Nous avons renouvelé cette promesse lors du Sommet de la Terre de Rio et dans notre programme de législature, que ce soit 1995–1999, que ce soit actuellement dans le cadre 1999–2003. Nous l'avons également fortement souligné dans notre politique de sécurité par la coopération, où le Conseil fédéral affirmait que la politique de développement devenait un élément primordial de la lutte contre les causes profondes de crise. Il estime en fait que la lutte contre la misère et l'aide au développement sont des éléments fondamentaux de prévention des conflits, des migrations et dès lors de politique de sécurité.

Nous sommes également conscients que si les pays les moins développés ne sont pas capables d'exporter, ils n'auront pas la capacité de payer leurs importations. Or, ces pays peuvent devenir à la longue des clients pour nos exportations.

Il faut également savoir que des Etats comparables à la Suisse, comme le Danemark, la Norvège, la Hollande ou même la Suède, respectent l'exigence internationale de 0,7 pour cent posée aux Etats par l'OCDE. Certes, on loue de manière générale la qualité de la coopération suisse au développement. Mais on ne manque pas de relever l'insuffisance de nos moyens.

Pour ma part, j'estime que nous avons eu raison d'afficher une certaine prudence durant les années de récession. La DDC a d'ailleurs joué le jeu puisqu'elle a participé aux efforts d'économies fixées lors de la «table ronde». Cependant, la croissance économique est là et si nous suivons le Conseil fédéral et ne fixons pas une date limite – tout de même pas si proche: 2011 –, nous mettrons jusqu'à 2020, voire plus, pour réaliser une promesse qui date de nombreuses années. Cela paraît tout de même à la limite de la crédibilité. Que signifie cet effort supplémentaire que l'on attend de nous? Pour maintenir nos activités actuelles d'ici 2004, nous devrons augmenter le budget, qui est aujourd'hui de 1,2 milliard de francs, de 38 à 40 millions de francs par année. Nous aurons alors atteint un budget de 1,5 milliard de francs qui comprend l'aide au développement de la DDC, les mesures de maintien de la paix et les activités du SECO. Pour aboutir à l'objectif de 0,4 pour cent, il faudrait doubler chaque année ce montant, ce qui nous amènerait à un budget de 2,15 milliards de francs en 2011.

L'aide aux réfugiés est actuellement budgétisée à 1,5 milliard de francs, on retrouve donc à peu près le même chiffre. Ce chiffre est appelé à diminuer de 900 millions de francs pour les années 2003/04. L'augmentation prévisible pour l'aide au développement se situe donc à peu près dans cette zone de grandeur, soit 600 millions de francs d'ici à 2011, et pourrait



ainsi bénéficier de la diminution de nos dépenses en faveur des réfugiés.

Je vous rappelle également un autre élément. Nous allons nous prononcer au mois de novembre au sujet de l'initiative populaire en faveur d'une redistribution des dépenses militaires. Un tiers des économies ainsi réalisées devrait être consacré au développement et à la politique de paix. Je vous demande de réfléchir un tant soit peu politiquement et de nous aider à entrer dans ce débat qui sera difficile en nous donnant les moyens de nous défendre, c'est-à-dire en montrant que nous sommes crédibles au niveau d'une promesse faite il y a pratiquement dix ans.

Je vous demande de transmettre la motion contre l'avis du Conseil fédéral.

Briner Peter (R, SH): Ich unterstütze die Überweisung dieses Vorstosses als Postulat. Ich vertrete dabei die Mehrheit, habe aber ein besonderes Anliegen, das ich hier anbringen möchte: Gleichzeitig mit diesem Postulat erachte ich es nämlich als angebracht, wieder einmal darauf hinzuweisen, dass es neben der staatlichen Unterstützung von Entwicklungsprojekten in der Schweiz eine insgesamt und im Vergleich mit anderen Ländern sehr beachtliche private Entwicklungshilfe gibt, die umso glaubwürdiger ist, als sie nicht durch öffentliche Gelder, sondern durch private, freiwillige und aus persönlicher Opfer- und Hilfsbereitschaft aufgebrachte Mittel alimentiert wird. Ich denke dabei nicht einmal in erster Linie an die Organisationen, die heute unter den drei modischen Buchstaben «NGO» subsumiert werden und die womöglich gleich auch noch unsere Armee halbieren wollen; ich spreche vielmehr von all den Institutionen in unserem Land, die sich schlicht und zutreffend «Hilfswerke» nennen und das auch sind.

Das Schweizer Volk erbringt durchaus seinen Anteil an internationaler Solidarität, die staatliche Quote ist, und das soll doch zur Kenntnis genommen werden, nur ein Teil davon.

Gentil Pierre-Alain (S, JU): Je ne vais pas m'exprimer très longuement parce que je soutiens pour l'essentiel les propos tenus par Mme Langenberger. J'aimerais cependant attirer l'attention du représentant du Conseil fédéral sur le fait que ce pourcentage de 0,4 pour cent n'est pas tombé du ciel: il résulte d'engagements que le Conseil fédéral lui-même a pris en 1992, au Sommet de la Terre de Rio. Le Conseil fédéral se trouve maintenant confronté à un problème de crédibilité, parce que selon sa propre proposition, cet objectif de 0,4 pour cent du PNB sera atteint en 2027. Alors, Monsieur le Président de la Confédération, de deux choses l'une: ou bien le Conseil fédéral s'abstient de prendre des engagements lorsqu'il a l'impression qu'il aura de la peine à les respecter, ou alors s'il prend des engagements, il les respecte dans des délais raisonnables.

Avoir pris un engagement en 1992 et annoncer le plus sérieusement du monde qu'on le tiendra en 2027, me paraît être, comme l'a dit Mme Langenberger, au seuil extrême de la crédibilité. Nous comprenons que le Conseil fédéral ait pu expliquer avec conviction, au cours de la législature passée, qu'il était en butte à des difficultés financières, et que ces difficultés financières expliquaient la lenteur avec laquelle il allait respecter ses engagements. Mais cet argument ne peut plus être employé aujourd'hui. Monsieur le Président de la Confédération, nous souhaitons vivement que vous infléchissiez votre prise de position et que vous admettiez que vous êtes en mesure de devoir respecter aujourd'hui les engagements que, vous-même, vous avez pris il n'y a pas si longtemps.

Büttiker Rolf (R, SO), für die Kommission: Ich fühle mich als Kommissionspräsident verpflichtet, die Mehrheit zu vertreten und Ihnen beliebt zu machen, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln, wie dies der Bundesrat beantragt. Gegen die Zielsetzung, wie sie die Minderheit aufgenommen hat, ist eigentlich nichts einzuwenden; diese kann man unterstützen. Das hat der Bundesrat auch mehrmals getan. Nur war es eben angesichts der Finanzlage in den Neunzi-

gerjahren nicht möglich, dieses Ziel, das schon vorher bestand, zu erreichen und umzusetzen. Das Problem ist nicht die Zielsetzung, sondern die Finanzlage und damit verbunden das Marschtempo auf der Zeitachse.

Der Bundesrat hat seine Bereitschaft signalisiert, dieses Ziel in einem späteren Zeitpunkt anzustreben und auch wieder in das Legislaturprogramm 2003–2007 aufzunehmen. Aber dazu muss der entsprechende Handlungsspielraum gegeben sein, auch in finanzpolitischer Hinsicht.

Deshalb möchte ich Ihnen beliebt machen, dem Bundesrat diesen Spielraum zu geben und den Vorstoss nur als Postulat zu überweisen. Das war die Haltung der Kommissionsmehrheit.

Ogi Adolf, Bundespräsident: Herr Büttiker hat das Marschtempo angesprochen. Sie wissen, dass ich gerne marschiere und gerne rasch marschiere. Aber das Marschtempo, das die Motion jetzt angesichts der sehr zahlreichen Forderungen an den Bundeshaushalt verlangt, ist zu hoch; es ist schlicht und einfach zu hoch. Der Bundesrat ist sich der in der Motion aufgeworfenen Problematik, Herr Gentil, sehr wohl bewusst. Angesichts der übrigen zahlreichen Forderungen nach einem Ausbau staatlicher Leistungen – mit entsprechender Kostenfolge, muss ich wohl anfügen – kann er das in der Motion vorgeschlagene Tempo nur teilweise unterstützen. Wie im Legislaturfinanzplan 2001–2003 vorgesehen, ist er aber bereit, die entsprechenden Ausgaben ab 2002 real um ein Prozent schneller wachsen zu lassen als das Bruttonsozialprodukt und diese Wachstumsrate über die aktuelle Finanzplanperiode hinaus weiterzuziehen. Im Rahmen der Vorbereitung der Legislaturplanung 2003–2007 kann der weitere Verlauf der Wachstumsrate unter Berücksichtigung der entwicklungs- und finanzpolitischen Gegebenheiten erneut geprüft werden.

Ich bitte Sie trotz allem, die Motion nur als Postulat zu überweisen; aber ich habe klar gesagt, dass wir bereit sind, im Rahmen der Vorbereitung der Legislaturplanung 2003–2007 hier den nötigen Schritt zu tun.

Abstimmung – Vote

Für Überweisung als Postulat 23 Stimmen

Für Überweisung als Motion 13 Stimmen

00.3207

Motion Kommission-NR (00.016).

Ausgabenvolumen in den Bereichen Armee und Bevölkerungsschutz

Motion Commission-CN (00.016).

Niveau des dépenses dans les domaines de l'armée et de la protection de la population

Einreichungsdatum 29.05.00

Date de dépôt 29.05.00

Nationalrat/Conseil national 20.06.00

Ständerat/Conseil des Etats 03.10.00

Präsident (Schmid Carlo, Präsident): Die Kommission beantragt, die Motion zu überweisen.

Überwiesen – Transmis